

Chef, was erzählen sie dem Vizekanzler Dr. Rösler?

Uwe Leonhardt empfängt am 4. Dezember den Vizekanzler und Bundeswirtschaftsminister

Fortsetzung von Seite 1

Aue. Er ist ein Mann klarer Worte, ein Entscheider, ein Wirtschaftskapitane im Erzgebirge. Uwe Leonhardt empfängt bald Bundeswirtschaftsminister Dr. Philipp Rösler.

Im WochenSpiegel sagt er, über was er mit dem Vizekanzler sprechen wird.

ÜBER VERLÄSSLICHKEIT

„Wir müssen wissen, woran wir sind, brauchen weiterhin Rahmenbedingungen und rechtliche Regelungen, die über eine Legislatur hinausreichen. Den Rest erledigt der Mittelstand selbst. Der Staat sollte sich aus allen Dingen heraushalten, wo

andere „kompetenter“ Ergebnisse erzielen können, allerdings klare rechtliche Regeln vorgeben. Die Politiker sollen vorrangig optimale Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen, die Ausgabenseite des Haushaltsplanes strenger führen, Ausgaben dorthin verlagern, wo diese der Zukunft des Landes dienen und nicht nutzlos im Kreislauf verpuffen, das Steuersystem einfacher machen, dafür sorgen, dass Investitionen, die Arbeitsplätze schaffen, steuerpräferiert werden, die Risiken des Haftungsverbundes EU mit klarer Linie eingrenzen, u.v.a.m. – damit lösen sich die nationalen Probleme vorwiegend über eine erhöhte wirtschaftliche Schlagkraft der Industrie, also über die Schaffung von Arbeitsplätzen in Deutschland. Die extremen überdimensionalen Sozialausgaben des Staates und die Transfers für den Verlustausgleich für desolate EU Staaten sinken somit wirkamer.

ÜBER SOZIALLEISTUNGEN

„Der aktuelle Bundeshaushalt umfasst ca. 306 Milliarden Euro, davon verschlingt das Arbeits- und Sozialministerium rund 127 Milliarden. Für die drei wichtigen Zukunftsressorts Bildung, Forschung & Wissenschaft, Wirtschaft & Technologie, Familien & Kinder, werden ca. 26 Mrd. € eingestellt, ein Bruchteil der obigen Arbeits- und Sozialausgaben. Das ist eine Fehlentwicklung im Hinblick auf die Zukunft, die wir durch die Schaffung von Arbeitsplätzen und Ausgabenumverteilung korrigieren

können. So sinkt der Bedarf des Arbeits- und Sozialministerium und es kann mehr Geld für Bildung, Forschung, Wissenschaft, Infrastruktur etc. ausgegeben werden. Also für die Zukunftssicherung unseres Landes. Die Transfers für insolvente südosteuropäische Staaten müssen begrenzt bzw. gedeckelt werden. Dieses Kapital fehlt eigentlich für die Zukunftssicherung unseres Landes.

ÜBER ARBEITSLOSIGKEIT

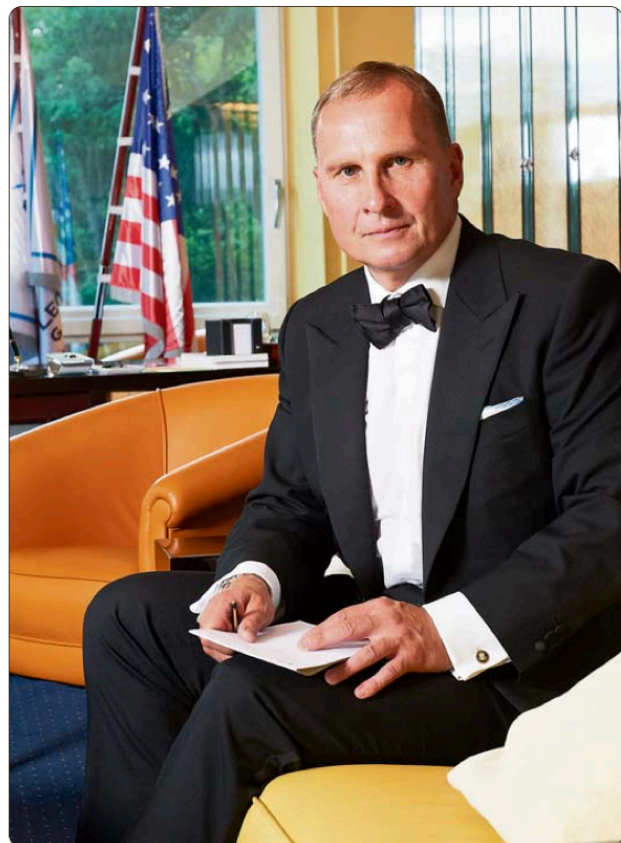
„Viele Politiker und Talkmaster reden immer nur von Arbeitslosigkeit und den Betroffenen. Dabei haben wir ca. 42 Millionen erwerbstätig Beschäftigte in Deutschland. Davon haben ca. 30 Millionen Deutsche einen sozialversicherungspflichtigen Job, ca. 7 Mio. Deutsche arbeiten Teilzeit. Diese Jobs schaffen Werte. Nur knapp über 2,7 Mio. sind arbeitslos. Man muss sich deshalb mehr um die Themen kümmern, bei denen Arbeitsplätze entstehen, wo Werte geschaffen und nicht verbraucht werden – also hat Wirtschaftsförderung oberste Priorität. Außerdem muss Deutschland so stark sein, fast Vollbeschäftigung zu erreichen. Es könnte einen Pakt zwischen Wirtschaft und Politik geben, der dafür sorgt, dass noch viel mehr Arbeitslose in den Firmen eingebunden und qualifiziert werden; die Firmen erhalten dafür Vergünstigungen, der Staat erspart sich Kosten für die Finanzierung der Arbeitslosen, das Rentensystem profitiert ebenfalls davon. Man hilft somit diesen Menschen, gibt ihnen einen Selbstwert und

nutzvollen Sinn des Lebens zurück und motiviert sie zu arbeiten. Rechnerisch gesehen könnte das ein Treffer werden – man muss es halt nur anpacken. Zudem würde ich die Pflicht zur Arbeit gesetzlich bzw. verfassungsrechtlich regeln, sofern finanzielle Gegenleistungen fließen.

ÜBER MADE IN GERMANY

„Ich bin ein Verfechter von Qualität Made in Germany bei angemessener internationaler Arbeitsteilung. Unternehmer, die komplett in Billiglohnländer abgewandert sind, haben die Rechnung präsentiert bekommen. Die Menschen in den anderen Staaten kaufen deutsche Produkte nicht, weil sie Deutsche lieben, sondern weil wir gut sind. Politiker müssen auf ihren Auslandsreisen immer wieder auch auf unsere Stärken hinweisen, dazu soll auch die aktive Exportförderung des Mittelstandes auf Auslandsmärkten weiter ausgebaut werden. Viele Länder der EU beschwerten sich über die hohe Exportquote Deutschlands, um von eigenen Unzulänglichkeiten abzulenken. Wir brauchen uns wegen unserer Stärken nicht zu schämen.“

Am Samstag lesen sie, was Uwe Leonhardt zu den Themen Atomausstieg, Finanzkrise, Eigenverantwortung, Politik und Mittelstand sagt.



Der Chef der Leonhardt Group war 17 Jahre Präsident des FC Erzgebirge Aue. Foto: Leonhardt Group